

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Tagblatt erscheint an jedem Sonntag: Monats-Preispresse
 bei Abnahme in der Kasse des Verlegers 1.00 RM., bei Abnahme
 durch den Postweg 1.20 RM., bei Abnahme in der Kasse des
 Verlegers 1.00 RM., bei Abnahme in der Kasse des Verlegers
 1.00 RM., bei Abnahme in der Kasse des Verlegers 1.00 RM.

Abgabegebühr: Der Abonnent zahlt für die 24 zum Monatsende einbringliche
 Hefen 20 Mark, für die 12 zum Monatsende einbringlichen Hefen
 10 Mark, für die 6 zum Monatsende einbringlichen Hefen
 5 Mark, für die 3 zum Monatsende einbringlichen Hefen
 2 Mark 50 Pfennig, für die 1 zum Monatsende einbringliche Hefen
 1 Mark 25 Pfennig. — Die Kosten für den Druck und die
 sonstigen Ausgaben sind im Voraus zu zahlen. — Die Kosten für
 den Transport sind im Voraus zu zahlen. — Die Kosten für den
 Transport sind im Voraus zu zahlen.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Söbda, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa
 ♦ Notationsdruck und Verlag: C. & K. Rosberg (Inhaber Ernst Rosberg jun.) in Frankenberg 2; Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert, Frankenberg ♦

Nr 11 Donnerstag den 14. Januar 1926 nachmittags 85. Jahrgang

Kurzer Tagespiegel

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen werden heute in Paris wieder aufgenommen.
 Die Finanzkommission der französischen Kammer hat sich gestern mit dem Budgetausgleich in der Regierungsvorlage beschäftigt. Dabei wurden wesentliche Bestimmungen des Regierungsprogramms durch entsprechende Artikel des Kartell-Entwurfes von der Finanzkommission angenommen. Dieses Verhalten der Finanzkommission hat die Situation weiter verschärft und die Aussichten für Doumer verringert.
 In London wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß die drei großen Arbeitervereine sich zusammenschließen, um die Herabsetzung der Löhne für die Eisenbahner durch gemeinsames Vorgehen zu vereiteln.
 Der russische Botschafter in Paris hat in einer Rede den Anspruch Polens auf einen Sitz im Völkerbund erhoben.
 Die südafrikanische Republik hat ihre Teilnahme an der kommenden britischen Reichskonferenz abgelehnt.
 Die Verhandlungen über die Bildung des neuen österreichischen Kabinetts sind abgeschlossen worden. Der Rücktritt und die Neuwahl der Regierung wird heute erfolgen. Morgen wird die Regierung im Nationalrat ihr Programm bekanntgeben.
 Die Prohibitivbeschränkungen in Amerika sollen verschärft werden.
 Der Reichspräsident v. Hindenburg wird am 28. Februar die Leipziger Frühjahrsmesse besuchen.
 Die italienische Schuldendelegation unter Volpi ist gestern früh vor Mitternacht in London angekommen. Die Schuldenverhandlungen werden heute mittag aufgenommen werden.

Zur Kabinettsbildung

Eine Ministerliste — Opposition der SPD.

Berlin, 13. 1. Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat sich heute abend in mehr als vierstündiger Fraktionsführung mit der politischen Lage beschäftigt, die durch den Austrag zur Regierungsbildung an Dr. Luther geschaffen worden ist. Zu einer Beschlüßfassung gelangte die Fraktion jedoch nicht. Sie macht vielmehr ihre Entscheidung von dem Ausfall der Verhandlungen über die sächsischen Voraussetzungen für den Eintritt von Zentrumsmitgliedern in das Kabinett abhängig. Mit diesen Verhandlungen ist der Fraktionsvorsitzende Lehrenbach beauftragt worden, der sich morgen zu diesem Zweck zu Dr. Luther begeben wird. Nach den Verhandlungen Lehrenbachs mit Luther gedenkt die Fraktion endgültig ihre Entschlüsse zu fassen. Die Veronalforderungen sind in der heutigen Fraktionsführung noch nach keiner Richtung hin berührt worden.

ten. Wie wir weiter hören, sind am Mittwoch bei den Besprechungen Dr. Luthers mit den Parteiführern Personalfragen noch nicht berührt worden, da erst die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Fraktionen herbeigeführt werden soll.

Von der Wirtschaftlichen Vereinigung

wurden die Abgeordneten Bredt und Dremsch vom Reichstagsrat empfangen. Die Wirtschaftliche Vereinigung konnte, wie wir hören, einer Aufzählung, in das Kabinett einzutreten, wegen des Gehaltswurfs über den Preisabbau, gegen den das Handwerk scharfen Einspruch erhebt, keine Folge leisten. Die Partei wird sich dem neuen Kabinett gegenüber neutral und abwartend verhalten und sich die Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten. Die für heute abend vorgesehene Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei ist auf Donnerstag mittag verschoben worden.

Eine Ministerliste

Berlin, 13. 1. Diejenigen Blätter, die in der Lage sein wollen, bereits heute die Namen der Minister des neuen Kabinetts Luther zu kennen, bezogen sich auf voraussichtliche Reichsfinanzminister den sächsischen Finanzminister Dr. Reinhold, für den Posten des Reichswirtschaftsministers sei der Zentrumsabgeordnete Dr. Baumhauer in Aussicht genommen, für die Befehdung des Reichsinnenministers sollen der demokratische Abgeordnete Raab und der Volksparteiler von Radborff, für die des Justizministeriums der Zentrumsabgeordnete Marx und der Volksparteiler Curtius in Frage kommen. Auf ihren Posten verbleiben sollen Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichswehrminister Dr. Geßler und Reichsarbeitsminister Brauns.

Die Demokraten für Teilnahme an der Regierung

Berlin, 13. 1. Die demokratische Reichstagsfraktion nahm am Mittwoch abend den Bericht des Parteivorstandes Raab über seine Unterredung mit dem Reichspräsidenten entgegen. Die Fraktion stellte sich nach eingehender Debatte einstimmig auf den Standpunkt, daß die Demokraten sich an der Kabinettsbildung beteiligen müßten, da sie sich nicht so leicht wie die Sozialdemokraten der Verantwortung entziehen dürften.

In der Fraktionsführung wurde weiter eine klare Stellung der Regierung Luther zur Fürstenabfindung gefordert und der Wunsch ausgesprochen, daß bei der programmatischen Erklärung der neuen Regierung die bekannten rücksichtlichen Rücksichten weitgehendst berücksichtigt werden müß-

Die sächsische Regierung zur Abfindung der Fürstenhäuser

Die sächsische Regierung, die schon vor kurzem erklärt hat, sie habe kein Interesse an einer erneuten Erörterung über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit dem vormaligen Königs- hause, begründet jetzt in einer amtlichen Auslassung ihren Standpunkt folgendermaßen:

In Sachsen ist unterm 25. Juni 1924 ein Auseinanderetzungsvertrag zwischen dem Staat und dem vorm. Königs- hause abgeschlossen und am 9. Juli vom Landtage genehmigt worden. An diesen Vertrag, der als Anlage zum Gesetz vom 21. Juli 1924 im Sächsischen Gesetzblatt 1924, S. 445 ff. veröffentlicht worden ist, sind beide vertragsschließenden Teile gebunden. Er entspricht der Berücksichtigung aller rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse durchaus den Interessen des Landes und hat deshalb an der Billigung aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten gefunden. Ein Anlaß, die Auseinanderetzungsfrage für Sachsen wieder aufzurollen, liegt nicht vor. Ebensowenig kommt eine Aufwertung in Frage, wie sie § 5 des demokratischen Antrages vor- sieht, da in Sachsen die Verhandlungen über die Auseinandersetzung erst im Jahre 1924, also nach der Stabilisierung der deutschen Währung, abgeschlossen worden sind. Soweit deshalb in dem Auseinanderetzungsvertrage Bestimmungen genannt sind, sind sie in Goldmark ausgedrückt worden. Ganz überwiegend ist aber die Auseinandersetzung in Sachsen überhaupt nicht durch Geldzahlen irgend welcher Art, sondern durch Übergabe von Sachwerten erfolgt. Auch die Abrechnung über die in der Zwischenzeit von der Revolution bis zum Abschluß der Auseinandersetzung Verlags- und Verwaltungskosten ist bereits im Wege gütlicher Einigung erfolgt und zwar in der Weise, daß die aus der Inflationszeit kommenden Posten auf Dollar- Basis in Goldmark umgerechnet worden sind. Neben dem demokratischen Antrag liegt noch ein Antrag der Kommunisten (Reichstags- druckache 1539) vor, der eine entschuldigungs- lose Entelgung der ehemaligen regierenden Fürstenhäuser beabsichtigt und mit rückwirkender Kraft alle bisherigen Auseinanderetzungs- verträge aufheben will. Eine solche Wirkung kann aber nur durch tief einschneidende Eingriffe in die Reichsoberfinanz erzielt werden. Insbesondere kann das Verlangen des kommunistischen Antrages nach dem geltenden Rechte nicht für Sachsen wirksam werden. Denn die sächsische Auseinandersetzung ist nicht nur in einem Landesgesetze, sondern zugleich in einem gerichtlich beurkundeten und nach den Vorschriften des geltenden bürgerlichen Rechts und der Reichsoberfinanz zu beurteilenden Vertrage verankert. Bei dieser Sachlage muß die sächsische Regierung einer solchen Maßwirkung wider- sprechen.

Wenn dagegen durch ein Reichsgesetz in den anderen deutschen Ländern eine Regelung herbeigeführt werden soll, die den Weg zu dem in Sachsen bereits erreichten Ziele ebnet, so kann dem die sächsische Regierung durchaus zustimmen.

Im Geist von Locarno

Große jugoslawische Rüstungsausgaben. Belgrad, 13. 1. Im Finanzausschuß des Parlaments kam es heute bei der Beratung des Etats zu heftigen Kundgebungen gegen die Regierung, da der Finanzminister erklärte, daß die Hälfte der gesamten Staatsausgaben auf das Kriegs- und Finanzministerium entfielen. Die Opposition wandte sich scharf gegen die gewaltigen Ausgaben für Kriegszwecke. Verschiedene Redner riefen: Wo bleibt der Geist von Locarno! Ein Regierungsvertreter gab darauf die Erklärung ab, daß das Land stets auf einen Krieg vorbereitet und gut bewaffnet sein müsse.

Blutiger Zusammenstoß wegen eines Regierungserlasses

Madrid, 14. 1. U. (H.). In Caubel in Castilien kam es wegen eines Regierungserlasses über den Straßenvorkehr zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Zivilgardien und der Bevölkerung. Dabei wurden 12 Zivilgardien und 3 Einwohner getötet. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Ein Kriegsgericht verurteilte 3 Personen zum Tode. Das Urteil soll morgen vollstreckt werden.

Woher unsere Not?

Alle Welt schimpft. Die Herren der Haus- frauen sind verzweifelt; der Arbeiter hungert; der Beamte leidet unter höchsten Entbehrungen; der Landwirt draußen und der Geschäftsmann in der Stadt wissen nicht, wie sie die ungeheuerlichen Steuern aufbringen sollen; zahllose Angehörige sind „abgebaut“ und liegen mit ihren Familien im wahrsten Sinne des Wortes auf der Straße.
 Man schimpft auf Staat und Stadt, auf die Behörden im allgemeinen und das Finanzamt im besonderen. Man schimpft auf den lieben Nächsten und auf dessen politische Partei. Es ist immer die andere, niemals die eigene Partei, die an allem Schuld schuld ist. Der innere Haß ist auf den Höhepunkt gestiegen.
 Wer aber ist schuld daran, daß weder Staat noch Stadt, weder Regierung noch Behörden, weder Parteien noch Einzelpersonen frei sind in ihren Entschlüssen? Hinter den Kulissen steht der wahre Herr aller deutschen Geschicke unsichtbar. Reine deutsches Parlament, kein Minister, kein Reichstagsrat, kein Reichspräsident hat in Deutschland so viel zu sagen wie dieser schlichte angesehene Gentleman. Niemand besitzt so absolute Gewalt; niemand kann so wie er Parlamenten, Ministern, Reichstagsrat, Reichspräsidenten ihre angeblich verfassungsmäßig gewährtesten Rechte aus der Hand nehmen.
 Dreifach seine Gewalt. Er ist der Herr unserer verpfändeten Zölle und Steuern; er ist der Diktator über unsere Eisenbahnen; er ist der Gebieter über unsere Reichsbank, unsere Geldwirtschaft, unsere Industrie, unseren Handel, unsere Forderung. Diesem Kronvogt verdankt es die Hausfrau, daß sie für jedes Pfund Zucker 10,5 Pfennig Steuer an unsere Feinde zahlen muß. Ihm verdanken die Männer die teuren Zigaretten und das teure Bier; wenn die Reparationszahlungen, wie sie es nach dem Niederbruch von Industrie und Landwirtschaft müssen, zurückgeben, wird er dafür sorgen, daß die Hausfrau noch 8, 10, 15 Pfennig Steuern mehr für ihr Pfund Zucker an ihn zahlt.

Er kann Maßnahmen verlangen, die nach seiner Meinung nötig sind, die Entnahmen zu steigern und die Ausgaben zu mindern. Das heißt, er kann Herabsetzungen der Beamtengehälter notwendig machen und so in jedem Beamtenhaushalt den Gerichtsvollzieher der Entente spielen. Jedem Arbeiter kann er die letzte Aussicht, die Erwerbslosensfürsorge, sperren; denn er kann der Regierung die Mittel für die soziale Fürsorge verweigern und diese Fürsorge unter- sagen. Er kann mit Zöllen, Frachten und Steuern den Kaufmann und ebenso den Landmann hand- lungsunfähig machen und dem Fabrikanten den gesunden Betrieb erwidern.

Die Deutschen aber wissen kaum, daß er existiert, und suchen sich untereinander die letzten Bissen vom Tische wegzufressen. Nie war ein Land und Volk so feiner Freiheit beraubt, nie so rechtlos durch unterschiedenen Vertrag in die Hand und Willkür seiner Feinde gegeben, wie Deutsch- land und die Deutschen in die Hände des Kron- vogts, den sie kaum kennen, obgleich er von jedem Bissen ihres Hungers mehr als einen pharaonischen Zehnten nimmt.

Parler Gilbert über den Erfolg des Dawesplanes

Newyork, 13. 1. (Rabeldienst der U.). Auf einem ihm zu Ehren gegebenen Bankett, an dem viele prominente Wirtschaftler, u. a. auch Owen Young, teilnahmen, hielt Parler Gilbert eine längere Rede, in der er u. a. folgendes er- klärte: Der Dawesplan sei schon deshalb ein voller Erfolg (!!), weil er das Chaos beseitigt habe. Der Plan habe zufriedenstellend gearbeitet und die beiden Hauptziele der Sachverständigen erreicht, nämlich Deutschlands stabile Währung und die Ausbalancierung des Reichsbudgets. Die erste Annuität von einer Milliarde Goldmark sei bezahlt worden; die zweite Annuität berähre zum ersten Mal das deutsche Budget. Diese Zah- lungen leistet Deutschland sehr bereitwillig an den Vorbereitungen für die zukünftigen Zah- lungen mit. Soweit der Plan Deutschlands Wiederaufbau berähre, sei er sicherlich ein Wendepunkt dadurch, daß er eine Erholung von der früheren Zerlegung und Desorganisation dar- stelle. Es seien schon große Fortschritte vorhanden, aber die endgültige Erholung sei noch im Wer-

den begriffen, da noch viele Schwierigkeiten auf diesem Wege lägen. Die deutsche Industrie und das deutsche Geschäftsleben brauchten Arbeits- kapital. Sie ständen in vieler Beziehung noch ersten Wiederaufbauproblemen gegenüber. Ueber die endgültigen Reparationsleistungen könne man sich im Augenblick noch kein Urteil erlauben; dazu sei es noch zu früh. Tatsache bleibe jeden- falls, daß der Plan infolgedessen ein großer Erfolg sei, als er das gesamte Problem auf eine neue Basis gestellt habe. Gilbert schloß: Die beste Antwort auf alle Kombinationen über die Zu- kunft des Planes ist, daß der Plan in sich selbst die Möglichkeit der Dehnbarkeit trägt. Diese liegt ihn in dem Stand, mit wechselnden Verhältnissen Schritt zu halten. Die Sachverständigen selbst haben betont, daß die Wieder- herstellung Deutschlands nur der erste Schritt auf dem Wege zur Wieder- herstellung Europas ist.

Die Los Angeles nicht mehr für Marinezwecke

Newyork, 13. 1. (Rabeldienst der U.). Der Luftfahrtauschuß des Senates empfiehlt der Regierung, den Luftschiffhafen Lakehurst zu schließen und die „Los Angeles“ nicht mehr für Marinezwecke zu verwenden. Dabei wird die Frage offen gelassen, ob die „Los Angeles“ an Privatleute verkauft werden soll. Der Be- schluß stellt eine scharfe Ablehnung der Luft- schiffpolitik Willburts dar.

Opposition gegen den Erzbau für die Ehenandob

Newyork, 14. 1. U. (H.). Der amerikanische Marineminister erklärte gestern im Represen- tantenhaus, daß die amerikanische Regierung die Absicht habe, die zerstörte „Ehenandob“ durch ein neues Luftschiff von 170 000 Kubikmeter zu ersetzen. Die Kosten des neuen Luftschiffes werden auf 8 Millionen veranschlagt. Die Firma Ford hat der Regierung den Bau von kleinen Ganz- metallluftschiffen angeboten. Dieser Vorschlag werde gegenwärtig geprüft. Im Repräsentantenhaus löst der Antrag der Regierung auf erhebliche Opposition. Man wirft dem Marineminister vor, daß der Antrag dem Sparprogramm des Prä- sidenten Cooledge nicht entspreche. Die Luftschiffe seien überdies für Kriegszwecke überhaupt un- brauchbar.